

Bundesmeldegesetz – Schwerpunkt: Auskunfts- und Übermittlungssperren

Produktnummer

2026-1627SP

Termin

24.06.2026

09:00 Uhr bis 16:30 Uhr

Gebühren pro Teilnehmer/-in

282,00 EUR

Die VWA geht davon aus, dass der Arbeitgeber die Teilnahmegebühr sowie Reisekosten übernimmt.

Das Bundesmeldegesetz gilt in Deutschland seit 1. November 2015. Seitdem gibt es bundesweit einheitliche und unmittelbar geltende melderechtliche Vorschriften für alle Bürger/-innen in der Bundesrepublik Deutschland.

Welche Gründe sind für die Einrichtung einer Auskunftssperre ausreichend und welche Nachweise werden benötigt?

Wann darf ich eine Adressauskunft erteilen und wann bleibt es bei der neutralen Antwort?

Was ist wenn Kolleg/-innen die Anschrift benötigen?

Diese und noch mehr Fragen beschäftigen uns im Arbeitsalltag immer wieder. In diesem Seminar werden die verschiedenen Arten der Auskunfts- und Übermittlungssperren sowie Sperrvermerke behandelt. Anhand praktischer Fälle sollen sowohl die Beantragung und Einrichtung von Auskunftssperren wie auch die rechtskonforme Auskunftserteilung erörtert werden. Fälle aus dem Arbeitsalltag können zum Seminar mitgebracht werden. Fragen und Probleme aus der täglichen Arbeit werden erörtert und gemeinsam werden Lösungen erarbeitet.

Inhalte

- Schwerpunkt Auskunfts- und Übermittlungssperren
- Umgang mit Meldedaten
- Auskünfte bei bestehenden Sperren an öffentliche Stellen
- Melderegisterauskünfte an private Stellen

Dozentin

Ellen Nauta

Sachgebietsleiterin Bürgerbüro Euskirchen

Lernziele

Ort

VWA Bildungshaus
Wolframstr. 32
70191 Stuttgart

Kontakt

Information

Amelie Burkhardt
0711 21041-52
a.burkhardt@w-vwa.de

Konzeption und Beratung

Hanna Baus
0711 21041-49
h.baus@w-vwa.de

[Anmelde- und
Teilnahmebedingungen](#)

[Impressum](#)

[Datenschutzhinweise](#)

Ziel des Seminars ist es, die Teilnehmer/-innen der Veranstaltung mit den notwendigen rechtlichen Grundlagen auszustatten, um Entscheidungen in Meldeangelegenheiten in der Praxis rechtssicher treffen zu können.

Zielgruppe

Erfahrene Mitarbeiter/-innen der Bürgerbüros und Einwohnermeldeämter